

**Pressesprecher
Bernd Sanders**

Landeshaus

24100 Kiel

Telefon 0431-988-1440

Telefax 0431-988-1444

Internet: <http://www.landsh.de/cdu-fraktion/>

e-mail: fraktion@cdu.landsh.de

PRESSEMITTEILUNG

Nr. 40/02 vom 25. Januar 2002

Zu dem vom ehemaligen Bundespräsidenten Professor Roman Herzog angeregtten Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar erklärt der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion und Oppositionsführer im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Martin Kayenburg:

„Der Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus darf nicht zu einem herkömmlichen, stillen Feiertag werden. Wir sind im Sinne von Roman Herzog vielmehr dazu aufgerufen, diesen Tag, dessen Anlass die Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz ist, wirklich zu einem DenkTag zu machen. Gedenken und Nachdenken über die Vergangenheit schaffen Orientierung für die Zukunft.

Nur wer bereit ist, aus der Geschichte Lehren zu ziehen, kann auch die Zukunft in Deutschland und Europa verantwortlich gestalten. Auch deshalb ist es notwendig, dem Geschichtsunterricht an unseren Schulen wieder einen breiten und verbindlichen Rahmen zu geben. Dazu gehört auch die systematische Auseinandersetzung mit der Geschichte des Nationalsozialismus, seiner Schreckensherrschaft und der Fragestellung, wie es dazu kommen konnte.

Obwohl es um die dumpfen Parolen von Neonazis in letzter Zeit öffentlich ruhiger geworden ist, darf niemand die Augen davor verschließen, dass diese Parolen gerade auch bei vielen Jugendlichen viel Aufmerksamkeit gefunden haben. Die politische Bildung an den Schulen aber auch für Erwachsene steht in der Verantwortung durch sachliche Aufklärung den Anfängen zu wehren.

Eine sozial gerechte Politik muss dafür sorgen, dass Missstände wie in der Weimarer Republik keinen Nährboden für totalitäre und extremistische Tendenzen bieten können. Vor diesem Hintergrund bietet die von Ludwig Erhard entwickelte Soziale Marktwirtschaft die besten Voraussetzungen rechts- und linksextremistischen Parolen entgegen zu treten. Dazu bedarf es einer wehrhaften Demokratie und einer Politik, die entschieden allen Extremisten entgegentritt.“